

Deutsche Patriot-Raketen in der Türkei

Symbolik statt Strategie

Markus Kaim / Günter Seufert

Am 14. Dezember 2012 hat der Bundestag beschlossen, dass bis zu 400 deutsche Soldaten in der Türkei stationiert werden sollen. Angesichts des Bürgerkriegs in Syrien geht es dabei um die »Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der Nato«. In den kommenden Wochen werden zwei Patriot-Raketenabwehrbatterien mit den dazugehörigen Unterstützungselementen in die Stadt Kahramanmaraş verlegt, die rund 100 Kilometer nördlich der türkisch-syrischen Grenze liegt. Die rechtliche Basis für diesen Schritt – der auf Bitte Ankaras erfolgt – bildet ein Beschluss des Nato-Rates vom 4. Dezember 2012. Begründet wird der Einsatz damit, dass »die Türkei [...] einer potentiellen Bedrohung durch ihren Nachbarn Syrien ausgesetzt« sei. Die Bedrohungsanalyse, die dieser Annahme zugrunde liegt, ist jedoch zweifelhaft. Das betrifft nicht nur Syriens militärische Fähigkeiten, sondern mehr noch die politischen Intentionen, die dem Assad-Regime unterstellt werden.

Zur Bedrohung der Türkei durch Syrien

Nach offen zugänglichen Informationen verfügt Damaskus über annähernd 100 ballistische Kurzstrecken-Raketensysteme mit Reichweiten bis zu 450 Kilometern. Ihre Einsatzbereitschaft dürfte allerdings sehr gering sein. Doch der entscheidende Punkt ist ein anderer. Bisher hat Syrien die Türkei weder mit diesen Waffen angegriffen, noch seinen Willen bekundet, dies zu tun. Zwar wurde im Juni 2012 ein türkisches Militärflugzeug von der syrischen Luftabwehr abgeschossen, und in den vergangenen Monaten schlugen immer wieder einzelne syrische Granaten auf türkischem Territorium ein. Richtigerweise haben die

Nato-Mitgliedstaaten dies bislang jedoch nicht als Bedrohung der politischen Souveränität und der territorialen Integrität der Türkei aufgefasst. Dementsprechend wurde auch die Beistandsklausel des Nato-Vertrags (Artikel 5) nicht aktiviert. Stattdessen haben die Mitglieder der Allianz immer wieder darauf verwiesen, dass die Grundlage ihrer Beratungen Vertragsartikel 4 sei. Dieser sieht politische Konsultationen zwischen den Unterzeichnern vor, »wenn nach Auffassung einer von ihnen die Unversehrtheit des Gebiets, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit einer der Parteien bedroht ist«. Es lässt sich jedoch nicht erkennen, welche dieser drei Dimensionen im Fall der Türkei tatsächlich bedroht ist.

Fraglich bleibt zudem, welchen strategischen Nutzen das Assad-Regime aus einem Angriff auf die Türkei ziehen sollte. Es wäre direkt mit einer der am besten ausgebildeten und ausgerüsteten Armeen des Nahen Ostens konfrontiert – einer Militärmacht, die mehr als 700 000 Soldaten umfasst. Zudem hätte die syrische Führung in diesem Fall mit der Ausrufung des Nato-Bündnisfalls und einer massiven Vergeltung durch die Allianz zu rechnen. Eine militärische Niederlage Syriens und das Ende von Assads Herrschaft wären fast zwangsläufig die Folge. Auch das Mandat des Bundestags reflektiert diese Analyse, wenn es konstatiert: »Der politische Wille des syrischen Regimes zum Einsatz seines Waffenarsenals gegen die Türkei ist derzeit nicht erkennbar.«

Entsprechend dünn ist der verbleibende bedrohungsanalytische Kern der Mandatsbegründung: »Allerdings kann ein künftiger Einsatz insbesondere im Zuge einer irrationalen Endphase des Regimes von Bashar al-Assad nicht vollkommen ausgeschlossen werden.« Indizien für ein irrationales Verhalten des syrischen Regimes – im Sinne einer falschen Ziel-Mittel-Relation – lassen sich nach knapp zwei Jahren Bürgerkrieg jedoch nicht erkennen. Oberstes Ziel der Assad-Führung ist offensichtlich, die eigene Macht uneingeschränkt zu erhalten. Demgemäß hat das Regime bislang rücksichtslos im Inneren gehandelt, zugleich aber mögliche Konfrontationen an den Landesgrenzen kleingehalten. Für das häufig beschworene Szenario, die syrische Führung werde in einem selbstmörderischen Endkampf die ganze Region mit in den Abgrund reißen, liefern ähnlich gelagerte Fälle keine Anhaltspunkte: Während des libyschen Bürgerkriegs etwa warnten viele Beobachter vor Verzweiflungstaten eines mit Chemiewaffen ausgerüsteten Regimes; doch letztlich hat Gaddafi nicht auf eine solche Strategie gesetzt. Das Gleiche gilt für andere arabische Despoten, die in jüngster Zeit gestürzt wurden. Auch am Ende ihrer Macht scheint die Mehrzahl der arabischen Diktatoren recht rational zu handeln: Sie fliehen oder gehen ins Exil (wenn sie denn

nicht getötet oder vor Gericht gestellt werden).

Zur türkischen Politik

Es geht bei der von Ankara erbetenen Patriot-Stationierung wohl weniger um praktische Solidarität mit der Türkei zum Schutz ihres Territoriums. Dieses Argument spielt auch in türkischen Debatten nur eine nachrangige Rolle. Aus Sicht der Nato könnte es vor allem darum gehen, die Türkei davon abzuhalten, sich ohne Absprache mit ihren Verbündeten militärisch in Syrien zu engagieren. Umso wichtiger ist eine Analyse der türkischen Interessenlage.

Die Türkei steht seit Sommer 2011 an der Spitze der internationalen Bewegung zum Sturz des Assad-Regimes, nachdem sie bis dahin ein sehr intensives Verhältnis zu Damaskus gepflegt hatte. Ankara förderte die Bildung des oppositionellen Syrischen Nationalrats (SNR) und gestattete, dass er auf türkischem Territorium gegründet wurde. Ebenso war die Türkei maßgeblich beteiligt, als sich die Freie Syrische Armee (FSA) formierte. Auf der Konferenz der Freunde Syriens im April 2012 plädierte Ankara vehement für die Bewaffnung der FSA, für eine Anerkennung des SNR als alleiniger Vertretung des syrischen Volkes, für die Einrichtung einer Flugverbotszone oder zumindest von humanitären Korridoren und damit für eine internationale Intervention in Syrien.

Zwar ist die Türkei mit alledem auf internationaler Ebene bislang nicht durchgedrungen, doch erlaubt sie, dass über ihr Territorium Waffen an die syrischen Rebellen gelangen. Zudem wurde es Aufständischen wiederholt ermöglicht, türkisches Territorium als Rückzugsgebiet zu nutzen. Ankaras konfrontative Politik zeigte sich ebenso, als im Juni 2012 türkische Flugzeuge die syrische Luftabwehr »testeten«. Nachdem dabei ein türkischer Jet in syrischem Luftraum abgeschossen worden war, beschuldigte die Regierung von Premier Erdoğan das Assad-Regime der Aggression. Im Oktober 2012 zwang die Türkei dann

ein aus Moskau kommendes syrisches Flugzeug zur Landung in Ankara. Erdoğan berichtete anschließend, man habe Munition in der Maschine gefunden. In beiden Fällen musste die Türkei schon bald einräumen, dass ihre jeweilige Darstellung unrichtig war.

Im August 2012 unternahm Außenminister Davutoğlu bei den Vereinten Nationen einen erneuten Vorstoß für eine Intervention in Syrien, und im November 2012 sprach Premier Erdoğan dem Sicherheitsrat rundweg die Legitimation ab, auch wegen dessen Haltung im Syrien-Konflikt. Am 7. Dezember trafen sich im türkischen Antalya 260 Kommandierende der Freien Syrischen Armee und wählten einen 30-köpfigen »Hohen Militärrat«. In Verhandlungen mit den USA bereitet die Türkei zudem den Aufbau einer syrischen Polizeitruppe für die Zeit nach Assad vor. Ohne Zweifel wird Ankara also weiter auf dessen Sturz hinarbeiten.

Dieses Engagement der Türkei speist sich nicht nur aus der Sorge um die Menschen in Syrien. Für die Erdoğan-Regierung war und ist Syrien das Tor zur arabischen Welt. Das Land bildet das Herzstück von Ankaras Nahostpolitik, die darauf zielt, die Türkei zur bestimmenden Regionalmacht zu erheben. Es geht dabei um die Anbindung Syriens an die Türkei. Diese sollte früher mit Assad erreicht werden, heute ohne ihn – am besten durch Installierung einer (sunnitischen) muslimisch-konservativen Regierung. Neben solche von nationalen Interessen geprägten Ordnungsvorstellungen traten im Laufe der Krise sicherheitspolitische Überlegungen. Mit Sorge beobachtet Ankara die Selbstorganisation der syrischen Kurden. Deren größte Fraktion teilt die Begeisterung vieler türkischer Kurden für die PKK und ihren in der Türkei inhaftierten Führer Öcalan. Es ist denn auch primär unter diesen Vorzeichen zu sehen, dass die türkische Regierung im Oktober 2012 vom Parlament ermächtigt wurde, Truppen in die Nachbarländer zu entsenden. Zuvor waren vereinzelt syrische Mörsergranaten auf türkischem Territorium eingeschlagen.

Schutz der Türkei oder Flugverbotszone für Nordsyrien?

Außenminister Davutoğlu selbst äußerte im Dezember, dass die Türkei keineswegs erwarte, von Assad mit Raketen angegriffen zu werden. Es gehe bei der Patriot-Stationierung primär um die Solidarität der Nato mit Ankara. Ergänzen muss man wohl: Es geht der türkischen Führung auch darum, in ihrer Politik gegenüber Assad unterstützt zu werden. Die Türkei macht denn auch kein Hehl daraus, dass sie mit der Aufstellung des Abwehrsystems noch andere Ziele verfolgt, als lediglich ihr Territorium zu schützen. Bereits Anfang November unterstrichen hochrangige Vertreter der Erdoğan-Regierung, der Patriot-Einsatz solle dazu beitragen, die von Ankara geforderte sichere Pufferzone im Norden Syriens zu etablieren. Denn dafür müsse die Lufthoheit der syrischen Kampfjets dort gebrochen werden. Dies solle syrischen Flüchtlingen eine Rückkehr in das Gebiet ermöglichen.

Im Mittelpunkt der türkischen Politik steht also das Bestreben, den syrischen Bürgerkrieg weiter zu internationalisieren – eine Position, die zunehmend erfolgreich ist. Die USA hatten sich noch im Oktober verärgert darüber gezeigt, dass Ankara beharrlich auf ein militärisches Engagement in Syrien drängte. Doch nach dem Ende des Präsidentschaftswahlkampfes hat Washington die Führung in der internationalen Syrien-Politik übernommen – mit dem Ziel, einen Regimewechsel in Damaskus herbeizuführen. Unter Anleitung der Vereinigten Staaten hat sich der syrische Widerstand politisch und militärisch neu formiert. Nach der Türkei, Großbritannien, Frankreich und einer Reihe von Golfstaaten haben nun auch die USA und die Außenminister der Europäischen Union die neugebildete Nationale Koalition Syriens als legitimen Vertreter des syrischen Volkes anerkannt. Präsident Obama und Außenministerin Clinton betonten noch während der Diskussion um die Entsendung der Patriot-Raketen, dass Washington den Einsatz chemischer Waffen gegen die syrische

Zivilbevölkerung nicht hinnehmen würde.
Für entsprechende Interventionen haben
die USA bereits Planungen angestellt.

Drohende Eskalationsdynamik?

Der Bundestag ist bei der Mandatserteilung
sehr klar gewesen: Der Einsatz diene nicht
der Errichtung oder Überwachung einer
Flugverbotszone über syrischem Territo-
rium. Er sei rein defensiver Natur, und die
Luftverteidigung wirke nicht in Syriens
Luftraum hinein. Doch angesichts der mög-
lichen Eskalationsdynamik in Syrien ist
nicht auszuschließen, dass die Bundesregie-
rung schon bald mit einer Entscheidungs-
situation konfrontiert ist, die sie nur schwer
kontrollieren kann, weil die Optionen viel
stärker von anderen Akteuren als von ihr
selbst bestimmt werden. Denn sollte Assad
tatsächlich Chemiewaffen gegen die syri-
sche Bevölkerung einsetzen, dürfte dies ein
militärisches Eingreifen des Westens zur
Folge haben. Dann wiederum wäre es wohl
unabdingbar, den syrischen Luftraum
zu überwachen und Assads Luftwaffe zu
bekämpfen. Dafür ließen sich auch die
Patriot-Raketen nutzen. Es wäre den Nato-
Verbündeten nur schwer zu vermitteln,
sollte Deutschland gerade in einem solchen
Moment – unter Berufung auf das Mandat –
seine Abwehrbatterien wieder abziehen
oder ihre Nutzung signifikant einschränken.

Es ist nachvollziehbar, dass die Bundes-
regierung inzwischen auch militärische
Instrumente in Erwägung zieht, um die Fol-
gen des syrischen Bürgerkriegs zu begren-
zen. Dies geschieht aber leider in erratic-
scher, ja nahezu unstrategischer Weise.
Die unterstellte Bedrohung des türkischen
Territoriums durch Syrien existiert derzeit
nicht. Und für eine Reaktion auf jenes Sze-
nario, das dem Westen heute die größten
Sorgen bereitet – ein Chemiewaffeneinsatz
durch Assad –, sind die Patriot-Raketen ge-
mäß Mandat nicht nutzbar. Ebenso wenig
leisten sie einen Beitrag zum übergeordne-
ten Ziel der deutschen Politik: den inner-
staatlichen Konflikt in Syrien einzuhegen
und einer politischen Lösung zuzuführen.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließ-
lich die persönliche Auf-
fassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364